

Interview mit Dr. Lucimara Brait-Poplawski

Demokratie braucht alle Frauen

Am 8. März ist *Internationaler Frauentag* und Landtagswahl in Baden-Württemberg. Aus diesem Anlass haben wir mit Dr. Lucimara Brait-Poplawski, Politologin und Vorstandsvorsitzende des *Forums Internationaler Frauen Baden-Württemberg e. V. (FIF)*, über den Stand der politischen Teilhabe von Frauen mit Einwanderungsgeschichte in Baden-Württemberg gesprochen.



Frau Dr. Brait-Poplawski, wie steht es um die politische Teilhabe von Frauen, die selbst eingewandert sind, und von Frauen mit eingewanderten Eltern oder Großeltern? Gibt es Unterschiede?

Die politische Teilhabe von Frauen mit Einwanderungsgeschichte ist insgesamt noch unterdurchschnittlich. Frauen, die selbst eingewandert sind, beteiligen sich oft seltener an formaler Politik, während Frauen der zweiten oder dritten Generation häufiger politisch aktiv sind, da sie besseren Zugang zu Bildung, Sprache und politischen Strukturen haben. Trotzdem sind auch sie in Parteien und Parlamenten weiterhin unterrepräsentiert.

Ändert sich die politische Teilhabe mit der deutschen Staatsangehörigkeit?

Formal gesehen, ja. Denn erst durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten eingewanderte Frauen das aktive und passive Wahlrecht und formale Zugänge zu Parteien und politischen Gremien. Gleichzeitig reicht die Staatsangehörigkeit allein nicht aus, wie die politische Repräsentanz dieser Gruppe – sei es auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene – zeigt.

Interessant wäre zudem zu erfahren, ob diese Gruppe ihr Wahlrecht nutzt und wie sie politisch orientiert ist.

Die Frage nach der politischen Positionierung von Frauen mit Einwanderungsgeschichte ist hochrelevant, lässt sich jedoch bislang nicht eindeutig beantworten, da verfügbare Daten zum Wahlverhalten weder nach Ge-

schlecht noch nach Migrationshintergrund differenziert vorliegen. Eine intersektionale Analyse stützt sich auf Studien. Eine aktuelle Publikation des DeZIM (2025) zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener wählen als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies wird unter anderem damit erklärt, dass sie geringere Erwartungen haben, dass politische Parteien zentrale Probleme hinsichtlich ihrer materiellen Lage, Wohnsituation und Altersversorgung lösen können. Parteienpolitisch tendieren Menschen mit Migrationshintergrund eher zu sozialdemokratischen oder linkszentrierten Parteien.

Ohne deutsche Staatsangehörigkeit bleibt den meisten Migrantinnen die Wahl – ausgenommen die Kommunalwahl für EU-Bürgerinnen – verwehrt. Wie ist politische Teilhabe in diesen Fällen möglich?

Auch ohne deutsches Wahlrecht können Frauen politisch aktiv sein und für ihre Rechte auf Gleichstellung eintreten, indem sie selbst eine Frauenorganisation gründen, sich in Bürgerbeteiligungsprojekten engagieren, an Demonstrationen teilnehmen oder Petitionen unterstützen.

Wie ist es um die politische Repräsentanz von Migrantinnen bisher bestellt? Wie wirkt sich diese auf den Alltag von Migrantinnen aus?

Die politische Repräsentanz von Frauen mit Migrationsgeschichte ist bisher sehr gering, besonders auf kommunaler Ebene – dort sind sie seltener in Gremien vertreten als auf Landes- oder Bundesebene. Das wirkt sich direkt auf den Alltag aus: Viele ihrer spezifischen Anliegen – etwa in Bildung, Arbeit, Wohnen oder Gleichstellungsfragen – werden oft nicht ausreichend berücksichtigt. Sichtbare Repräsentation könnte dazu beitragen, politische Entscheidungen inklusiver zu gestalten und Migrantinnen stärker einzubinden.

Forum Internationaler Frauen
Baden-Württemberg e. V.
Postfach 4105
70718 Fellbach
kontakt@forum-
internationaler-frauen.org
forum-internationaler-frauen.org

Bild oben:
Dr. Lucimara Brait-Poplawski

Bild unten:
Fachtagung des Forums Internationaler Frauen am 14. November 2025 im Stuttgarter Rathaus in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Landeshauptstadt Stuttgart

Foto: © Forum Internationaler Frauen BW e. V.



Interview mit Mark Terkessidis

„Es braucht einen Umbau der Institutionen im Hinblick auf die Diversität“

Am 18. März gibt Mark Terkessidis im Haus der Katholischen Kirche einen Rückblick und Ausblick zum Thema *Migration und Rassismus in Deutschland*. Hannah Hoyer hat ihm vorab einige Fragen gestellt.

Deutschland ist ein von Einwanderung geprägtes Land. Wie ging Deutschland in den letzten Jahrzehnten und bis heute mit dieser Tatsache um, Herr Terkessidis?

Es ist ja nichts Neues, dass Deutschland sich sehr lange schwer damit getan hat, die Folgen der Migration zu akzeptieren. Insofern ist die Bundesrepublik nicht faktisch, aber rechtlich ein recht junges Einwanderungsland: Es ist erst 25 Jahre her, dass diese Tatsache überhaupt akzeptiert wurde und auch das Staatsangehörigkeitsrecht geändert wurde. Aber wenn man lange etwas auf eine bestimmte Weise gemacht hat, dann fällt es oft schwer, sich an neue Realitäten anzupassen. Das ist auch Teil eines allgemeinen Reformstaus.

Passen die momentan geführten öffentlichen Debatten in Bezug auf Migration (Stichwort „Stadtbild“ und andere) zur tatsächlichen gesellschaftlichen Realität?

Das ist ein Beispiel für den Mangel an Anpassung. Keine Ahnung, wo die Leute leben, die Probleme mit dem „Stadtbild“ haben, aber sicher nicht in den realen Städten.



Das Problem ist auch, dass solche Debatten kein einziges Problem anpacken, sondern nur diffuse Unzufriedenheit verstärken. Haben nicht die Beispiele aus den Nachbarländern gezeigt, dass der Populismus gewinnt, wenn man ihm entgegenkommt? Es ist nicht nur eine absurde Debatte, sie bringt auch denen nichts, die sie anzetteln.

Welche Debatten sollten wir bezogen auf Migration jetzt und in Zukunft führen?

Wie gesagt, es gibt einen allgemeinen Reformstau. Wenn ich Veränderung von Bildungsinstanzen so dilettantisch durchführe wie etwa beim Thema Inklusion, dann muss ich mich ja über Widerstand nicht wundern. Alles dazu ist eigentlich gesagt: Es braucht einen Umbau der Institutionen im Hinblick auf die Diversität. Dafür braucht es einen Plan, politischen Willen, Geld und Durchhaltevermögen. Alles bis zur Hälfte machen und dann wieder rückgängig – das nutzt niemandem!

Haben Sie eine Zukunftsvision für die von Migration geprägte Gesellschaft in Deutschland?

Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in denen alle Mitglieder – Demokratie vorausgesetzt – mit ihren Hintergründen anerkannt, nach ihren Voraussetzungen gefördert werden und eigene Rahmen für ihr Leben entwickeln können. Das wäre ein aktuelles Verständnis einer Gesellschaft von Gleichen.

„Wenn man lange etwas auf eine bestimmte Weise gemacht hat, dann fällt es oft schwer, sich an neue Realitäten anzupassen.“

Migration und Rassismus in Deutschland

Rückblick und Ausblick mit Mark Terkessidis.
Mi, 18. März 2026, 19 Uhr
Haus der Katholischen Kirche, S-Mitte
Veranstalter:
Forum der Kulturen, Katholisches Bildungswerk, Stadtjugendring, Deutsch-Türkisches Forum
www.hdkk-stuttgart.de

Anlässlich des Internationalen Frauentages und der Landtagswahl am 8. März 2026 gestaltet das Forum Internationaler Frauen Baden-Württemberg e. V. mit Landeszentrale für Politische Bildung BW eine Postkarten-Aktion für politische Beteiligung von Frauen mit Einwanderungsgeschichte. Worum wird es im Kern gehen?

Mit unserer Aktion *Demokratie braucht alle Frauen* wollen wir deutsche Frauen mit Einwanderungsgeschichte ermutigen, sich nicht nur mit den Wahlprogrammen demokratischer Parteien auseinanderzusetzen, sondern auch das Gespräch mit Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen und deutlich zu machen, dass ihre Stimmen wichtig für die Demokratie und für die Stabilität einer demokratischen Mehrheit sind.

Das Interview führte Myriam Schäfer.

Recherche und weitere Informationen:

2025 Sachverständigenrat für Integration und Migration:

Fakten zur Einwanderung in Deutschland, 09.12.2025. www.svr-migration.de

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2019:

Ein Drittel der Frauen mit Migrationshintergrund hat Fachhochschulreife oder Abitur – Ein Fünftel ohne Schulabschluss, Pressemitteilung 47/2019
www.statistik-bw.de

DeZIM 2025: Vernachlässigtes Wähler*innenpotenzial? Über politische Problemwahrnehmungen, Alltagssorgen und Parteipräferenzen von Menschen mit Migrationshintergrund, 24.01.2025
www.dezim-institut.de